Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatsekretärin beim Bundesminister für Gesundheit

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 / 227-77217
Fax: 030 / 227-76749
e-mail: annette.widmann-mauz@bundestag.de
Internet: www.widmann-mauz.de

PRESSEMITTEILUNG

22.03.2011.

**Gesünder feiern mit Drogen? CDU lehnt Forderung der Grünen nach staatlichem „Drogen-TüV“ ab.**

Was die Grünen unter aufgeklärter Suchtpolitik verstehen, zeigt sich im jüngsten Entschließungsantrag ihrer Bundestagsfraktion. Thema des Antrages ist das sog. "Drugchecking". Vor Diskothekbesuchen oder auf Festivals sollen Drogenkonsumenten die Möglichkeit erhalten, ihre illegalen Drogen regelmäßig auf Qualität und Verträglichkeit hin überprüfen zu lassen, um gefährliche Verunreinigungen oder Dosierungen zu vermeiden.

Die stellvertretende CDU-Landesvorsitzede und Vorsitzende der Frauen Union Baden-Württemberg Annette Widmann-Mauz MdB erklärt dazu: „Die Forderung der Grünen nach einem aus Bundes- und Landesmitteln finanzierten deutschlandweiten Modellprojekt zur Substanzanalyse von Partydrogen verkehrt verantwortliche Prävention und die Verhinderung von Drogenmissbrauch ins Gegenteil. Das kommt einer Kapitulation in der Drogenpolitik gleich.“

Sie liegt dabei auf einer Linie mit der Einschätzung des Internationalen Suchtstoffkontrollrats der Vereinten Nationen, dass ein negatives Testergebnis (z.B. "die illegale Substanz enthält keine Verunreinigungen") insbesondere von Jugendlichen als Aufmunterung zum Drogenkonsum missverstanden werden könnte.

Widmann-Mauz MdB weiter: „Ein „Drogen-TüV“ täuscht Sicherheit vor, die nicht zu gewährleisten ist, da es sich bei illegal hergestellten und ver-

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatsekretärin beim Bundesminister für Gesundheit

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 / 227-77217
Fax: 030 / 227-76749
e-mail: annette.widmann-mauz@bundestag.de
Internet: www.widmann-mauz.de



botenen Substanzen nicht um standardisierte Produkte handelt. Jede Substanz und jede Pille kann in ihrer Zusammensetzung variieren. Illusorisch ist auch die Vorstellung, dass staatlich gefördertes „Drug-Checking“ die am illegalen Drogenhandel verdienenden Akteure zu einer Qualitätssicherung ihrer Produkte veranlassen könnte.“

„Eine staatlich bescheinigte Unbedenklichkeitserklärung für illegale Drogen wird es mit der CDU nicht geben. Die Grünen begehen einen unverantwortlichen Fehler, wenn sie jungen Menschen das Gefühl vermitteln, es gäbe Drogen, mit denen sich „gesünder“ feiern ließe. Die CDU wird deshalb keine Maßnahmen unterstützen, die den aktiven Konsum von Partydrogen wie Speed und Ecstasy fördern und den Grünen-Vorstoß im Bundestag ablehnen. Der effektivste Schutz vor verunreinigten oder zu hoch dosierten illegalen Substanzen besteht darin, Drogenkonsum konsequent zu unterlassen.“, fasst Widmann-Mauz MdB zusammen.

PRESSEMITTEILUNG